



Aus der Fraktion

Thorsten Schick (CDU) und Wibke Brems (Grüne) zum Haushalt 2026 **„Bildung, Sicherheit, Wirtschaft – Wir setzen die richtigen Prioritäten“**

Der nordrhein-westfälische Landtag hat an diesem Mittwoch den Landeshaushalt für 2026 verabschiedet. Dazu erklären die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen, **Thorsten Schick** (CDU) und **Wibke Brems** (Grüne):

Thorsten Schick: „Wir haben in NRW große Chancen – trotz der Herausforderungen, vor denen wir stehen. Diese sind zu komplex, um ihnen mit populistischen Überschriften und ungedeckten Schecks zu begegnen, wie die Opposition dies heute getan hat. Wir machen kluge Politik mit den richtigen Prioritäten. Wir setzen unsere Arbeit für einen starken Wirtschaftsstandort fort, damit NRW Industrieland ist und bleibt. Auf den Sanierungsstau in vielen Kommunen haben wir mit dem NRW-Plan die richtige Antwort gegeben – das größte Investitionsversprechen in der Geschichte unseres Landes. In den kommenden 12 Jahren werden rund 60 Milliarden Euro in die öffentliche Infrastruktur investiert, in Kitas, Schulen, Universitäten, in Krankenhäuser und Sportanlagen, in Straßen und Brücken.

Aus dem Landeshaushalt geht zudem jeder dritte Euro an die Kommunen. Zudem haben wir die historische Altschuldenlösung auf den Weg gebracht und im Gemeindefinanzierungsgesetz für eine Rekordausstattung gesorgt – damit schaffen wir Perspektiven für Städte und Gemeinden.

Ein Schwerpunkt unserer Politik und damit des vorliegenden Haushalts liegt auf Bildung: Wir haben 9700 zusätzliche Fachkräfte in die Schulen gebracht und die Zahl der Lehramtsstudienplätze erhöht. Im Startchancen-Programm fördern wir Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf. Für den Offenen Ganztag stellen wir im kommenden Jahr fast eine Milliarde Euro bereit. In den Kitas investieren wir in Qualität und Verlässlichkeit: Seit 2019 sind rund 50.000 Plätze hinzugekommen, im kommenden Jahr fließen rund sechs Milliarden Euro in frühkindliche Bildung. Die geplante KiBiz-Novelle wird weitere Investitionen ermöglichen – darunter 1,5 Milliarden Euro für Ausbau und Personal.“

Wibke Brems: „Ein Haushalt ist kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug für Zukunft. Wir bauen mit dem Haushalt 2026 ein Nordrhein-Westfalen, das stark bleibt, zusammenhält und mutig vorangeht. Wir übersetzen Zukunft in konkrete Politik für



die Menschen: mit Investitionen in Klimaschutz, in soziale Sicherheit und in eine zukunftsfähige Wirtschaft. Wir zeigen, dass Transformation gelingt, wenn man sie anpackt.

Die Haushaltslage ist nach wie vor angespannt, aber als schwarz-grüne Koalition machen wir das, worauf es jetzt ankommt: Wir investieren in Kinder, Klima und Kommunen. Das sind auch die Schwerpunkte unseres NRW-Plans in Höhe von 31,2 Milliarden Euro. Wir stärken die Investitionskraft der Kommunen und mit der Altschuldenslösung geben wir ihnen dringend benötigte Luft zum Atmen. Denn unsere Städte und Gemeinden sind das Rückgrat unseres Landes. Wir wollen die Zukunft für alle in NRW gestalten: sicher, gerecht, klimafreundlich. Deshalb sind Kinder und Jugendliche der Antrieb unserer Politik: Sie zeigen uns, worauf es ankommt. Für sie gestalten wir heute das Morgen. In NRW haben wir im Laufe des Haushaltsprozesses noch einmal nachgelegt: Auch mit der Ergänzungsvorlage der Landesregierung und unseren Haushaltsänderungsanträgen haben wir die Zukunft fest im Blick.”

Oliver Krauß (CDU) und Martin Metz (Grüne) zur Aktuellen Stunde **„Der Bund muss den Neubau der Bonner Nordbrücke jetzt vorantreiben“**

Der nordrhein-westfälische Landtag hat sich am Donnerstag auf parlamentarische Initiative von CDU und Grünen mit der Sperrung der Bonner Nordbrücke für LKW ab Mitte Januar beschäftigt. Dazu erklären **Oliver Krauß**, Sprecher für Verkehrspolitik der CDU-Landtagsfraktion, und **Martin Metz**, Sprecher für Fahrrad-, Straßen- und Flugverkehr der Grünen Landtagsfraktion:

Oliver Krauß: „Die Sperrung für LKW bedeutet erhebliche Einschränkungen für lokale Unternehmen, aber auch für den öffentlichen Nahverkehr. Deshalb ist unsere Erwartung an die Bundesregierung, dass der Neubau der Brücke, der auch im Bundesverkehrswegeplan steht, jetzt forciert wird – mit Geschwindigkeit in der Detail- und Genehmigungsplanung. Die Nordbrücke liegt in der Zuständigkeit des Bundes. Durch das Sondervermögen stehen dem Bund 169 Milliarden Euro für Verkehrsprojekte bis 2029 zur Verfügung.

Die Bedenken der Menschen vor Ort müssen bei der Umsetzung des Neubaus ernstgenommen werden. Denn er muss die künftigen Anforderungen in unserer Wachstumsregion erfüllen, gleichzeitig muss das vorhandene Baufenster optimal ausgenutzt werden. Jetzt muss unternommen werden, was möglich ist, um die Funktionalität der Nordbrücke möglichst lange zu sichern.“

Martin Metz: „Die fast 60 Jahre alte Nordbrücke gehört zu einer Brücken-Generation, die den heutigen Belastungen nicht mehr gewachsen ist. Heute überqueren täglich



rund 100.000 Fahrzeuge, darunter bis zu 8000 Lkw bis zu 44 Tonnen, die Nordbrücke. Die geplante Sperrung für große Lkw wird erhebliche Auswirkungen auf die lokalen Unternehmen haben. Bundesweit wird der Berg aus zu sanierenden Brücken immer größer. Im Bund muss die Erneuerung der Autobahnbrücken höchste Priorität erhalten. Wir zeigen in NRW mit Rekordansätzen für Landesstraßen-Erhalt, dem 400-Brücken-Programm und erhöhten Mitteln für Kommunen zur Sanierung, wie es geht. Für einen schnellen Brücken-Neubau in Bonn sollte geprüft werden, wie die Planung verschlankt werden kann, um schneller zu werden und nicht so viele Wohnhäuser abreißen zu müssen.“

Claudia Schlottmann (CDU) und Lena Zingsheim-Zobel (Grüne)
„Wir setzen die Modernisierung unserer Schulen fort“

Bund und Länder haben sich im Rahmen der Bundesbildungsministerkonferenz an diesem Donnerstag auf den Digitalpakt 2.0 geeinigt. Dazu erklären die schulpolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen von CDU und Grünen, **Claudia Schlottmann** (CDU) und **Lena Zingsheim-Zobel** (Grüne):

Claudia Schlottmann: „Wir begrüßen den Plan für den Digitalpakt 2.0 ausdrücklich: Bund und Länder setzen die erfolgreiche Modernisierung unserer Schulen fort und knüpfen an den ersten Digitalpakt Schule an. Mit insgesamt 5 Milliarden Euro für 2025 bis 2030, einem rückwirkenden Start zum 1. Januar 2025 und klaren Handlungssträngen für Infrastruktur, IT-Administration und Lehrkräftebildung entsteht Verlässlichkeit und Tempo. Besonders richtig ist die Verzahnung von Investitionen und Schul- und Unterrichtsentwicklung, damit Technik im Unterricht spürbar wirkt. So wird Digitalisierung an unseren Schulen planbar, praxistauglich und nachhaltig finanziert.“

Lena Zingsheim-Zobel: „Es ist gut, dass der Digitalpakt 2.0 nun endlich kommt – ein längst überfälliger Schritt, denn die Mittel sind notwendig, um Schulen zukunftsfest aufzustellen und digitale Bildung gerecht zu gestalten. Dass beim Digitalpakt 2.0 nun digitale Infrastruktur, pädagogische Entwicklung und Lehrkräftebildung zusammengedacht werden, ist eine sehr gute Maßnahme. Denn nur wenn diese Zahnräder ineinandergreifen, kann sich die Wirkung der Digitalisierung voll entfalten. Entscheidend wird nun sein, dass das Geld verlässlich und mit klarem Fokus auf Chancengerechtigkeit bei den Schulen ankommt.“



Gemeinsame Presseerklärung der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Erster Bürgerrat NRW zur generationenübergreifenden Daseinsvorsorge

Der erste Bürgerrat des Landes Nordrhein-Westfalen wird sich mit dem Thema „Generationsübergreifende Daseinsvorsorge – Wie können digitaler Fortschritt und der Einsatz von KI, auch wenn Krankheit oder Pflegebedarf eintreten, ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter unterstützen?“ befassen. Ein entsprechender Antrag der demokratischen Fraktionen wurde am Donnerstag im Landtag beschlossen. Dazu erklären **Thomas Okos**, Mitglied im Hauptausschuss für die CDU-Fraktion, **Elisabeth Müller-Witt**, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, **Antje Grothus**, Sprecherin für Beteiligung der Grünen Fraktion, und **Dirk Wedel**, Sprecher im Hauptausschuss für die FDP-Fraktion:

Thomas Okos: „Wir sind stolz darauf, dass wir den ersten Bürgerrat in Nordrhein-Westfalen fraktionsübergreifend auf den Weg gebracht und nun erfolgreich zum Abschluss geführt haben. Dieses Projekt zeigt, dass wir in unserem Land gemeinsam nach vorne denken – auch bei Fragen, die uns alle betreffen: Wie wollen wir künftig alt werden, und welche Chancen bieten uns technologische Innovationen und Künstliche Intelligenz dabei? Gerade der technologische Fortschritt eröffnet enorme Möglichkeiten, das Leben im Alter selbstbestimmter, sicherer und lebenswerter zu gestalten. Wir freuen uns auf die Vorschläge des Bürgerrats und sind gespannt auf die Impulse, die aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Gleichzeitig ist klar: Der Bürgerrat liefert wichtige Anregungen – die politischen Entscheidungen darüber, was umgesetzt wird, treffen am Ende das Parlament und die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Abgeordneten.“

Elisabeth Müller-Witt: „Mit dem Bürgerrat möchten wir ein zusätzliches Element unserer repräsentativen Demokratie schaffen. Er bietet die Möglichkeit, Impulse aus einer repräsentativen Gruppe der Bevölkerung aufzunehmen. So wird die Stimme der Gesellschaft hörbar und sichtbar. Diese Anregungen eröffnen neue Perspektiven, bereichern politische Entscheidungsprozesse und stärken zugleich die demokratische Teilhabe. Ein zentrales Thema ist die generationsübergreifende Daseinsvorsorge. Besonders in einer alternden Gesellschaft stellt sich die Frage nach dem Zugang zu Pflege und der Bewältigung von Krankheits- oder Pflegefällen. Dabei betrifft dies nicht nur ältere Menschen – meist ist das gesamte familiäre oder soziale Umfeld involviert. Entscheidend sind daher die Sicherung von Pflegeplätzen, wohnortnahe Angebote sowie präventive Maßnahmen, die gerade auch für die jüngere Generation von Bedeutung sind.“



Antje Grothus: „Jeder Mensch hat ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben – auch und gerade dann, wenn Pflegebedarf oder Krankheit eintreten. Egal in welchem Alter, es geht um Würde, um Vertrauen und um das Gefühl, gesehen zu werden – gerade in verletzlichen Lebensphasen. Neben alternativen Wohnkonzepten können Digitalisierung und Künstliche Intelligenz für mehr Selbstbestimmung und Teilhabe sorgen und Pflegende entlasten. Es freut mich, dass sich der erste Bürgerrat dem Thema widmen wird, wie technologische Innovationen den Alltag von pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen verbessern können. Der Bürgerrat schafft einen vertrauensvollen Raum, in dem die Bürgerinnen und Bürger, die zufällig ausgewählt werden, ihre Lebenswirklichkeit, Erfahrungen und Bedarfe einbringen. Ich freue mich auf diesen Austauschraum zwischen Parlament und Bürgerschaft und bin sehr gespannt, welche Handlungsempfehlungen sie uns als Politik nach ihren Beratungen geben.“

Dirk Wedel: „Gerade in Abwägungsfragen wie den Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Pflege ist es sinnvoll, mit Hilfe eines Bürgerrats neue Perspektiven herauszuarbeiten, die der Landtag für seine parlamentarische Arbeit nutzen kann. Damit der Bürgerrat diesem Auftrag gerecht wird, ist es entscheidend, sich hinsichtlich seiner Stellung und Ausgestaltung in unserer repräsentativen Demokratie im Klaren zu sein. Nur durch die Zufallsauswahl bei der Besetzung des Bürgerrats ohne Berücksichtigung persönlicher Betroffenheiten können unabhängiges Arbeiten garantiert und bisher unberücksichtigt gebliebene Sichtweisen herausgearbeitet werden. Der Bürgerrat kann Bürgerinnen und Bürgern über Wahlen hinaus politisches Gehör verschaffen – er ist damit aber kein Parallelparlament zum Landtag. Allein der Landtag ist und bleibt demokratisch legitimiert und zuständig, wenn es darum geht, aus den Ergebnissen des Bürgerrats politische Schlüsse zu ziehen und gegebenenfalls Rechtsfolgen zu setzen.“

Dr. Jörg Geerlings (CDU) und Martin Metz (Grüne) zum PUA III **„Untersuchungen zur Rahmedetalbrücke sind abgeschlossen“**

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss III vernimmt an diesem Montag vier weitere Zeugen, darunter die ehemaligen Bundesminister Andreas Scheuer (CSU) und Volker Wissing (früher FDP) sowie den ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretär Oliver Luksic. Dazu erklären die Sprecher im PUA III, **Dr. Jörg Geerlings** (CDU) und **Martin Metz** (Grüne):

„Andreas Scheuer hat die immer sehr konstruktive und zielführende Zusammenarbeit des Bundes mit Nordrhein-Westfalen und dem damaligen Verkehrsminister Hendrik Wüst gelobt, der sich besonders für die Beschleunigung der baurechtlichen Genehmigungsverfahren eingesetzt habe.



In der Sache hat die heutige Ausschusssitzung jedoch keine neuen maßgeblichen Ergebnisse gebracht. Scheuer skizzierte nur in allgemeiner Form die politischen Prioritäten und Abläufe bei den Brückensanierungen in Deutschland sowie organisatorische und politische Herausforderungen beim Übergang der Zuständigkeit für die Autobahnsanierung auf den Bund.

Der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär Oliver Luksic traf Aussagen, dass bundesweit der Übergang der Zuständigkeit auf die Autobahn GmbH dazu geführt habe, dass es kurzzeitig zu weniger Brückenbauprojekten kam. Eine konkrete Auswirkung auf die Rahmedetalbrücke ließ sich allerdings nicht herleiten.

Volker Wissing gab an, von einer Verschiebung der Rahmedetalbrücke keine Kenntnis gehabt zu haben. Er sei nicht mit der Vergangenheitsbewältigung beschäftigt gewesen, sondern mit dem Neubau der Brücke.

Politische Einflussnahme in die Prozesse wurde von den Zeugen verneint. Vielmehr wurden die maßgeblichen Entscheidungen auf der zuständigen Fachebene gefällt. Mit der heutigen Sitzung sind die Untersuchungen zur Rahmedetalbrücke abgeschlossen. Auch wenn die Opposition das Thema gerne am Leben erhalten würde, sind weiterführende Erkenntnisse nicht mehr zu erwarten. Der Neubau der Brücke wird am kommenden Montag für den Verkehr freigegeben – zwei Monate vor dem geplanten Eröffnungstermin und nach einer beeindruckenden Bauzeit von nur zwei Jahren. Das freut uns besonders für die Menschen in der Region, für die die vergangenen Jahre sehr schwierig waren.“

Aus der Landesregierung

Digitalpakt 2.0 kommt

Ministerin Feller: Wir bringen die digitale Schul- und Unterrichtsentwicklung in Nordrhein-Westfalen weiter voran

Das Ministerium für Schule und Bildung teilt mit:

Bund und Länder haben sich im Rahmen der 6. Bildungsministerkonferenz am Donnerstag, 18. Dezember 2025, auf den Digitalpakt 2.0 verständigt. Damit wird der DigitalPakt Schule gezielt weiterentwickelt. Auch Nordrhein-Westfalen profitiert erheblich.

Für die digitale Schul- und Unterrichtsentwicklung in Nordrhein-Westfalen sollen auf Basis der Beschlusslage in der Bildungsministerkonferenz in den kommenden Jahren nach Königsteiner Schlüssel mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung stehen, jeweils grundsätzlich zur Hälfte getragen vom Bund und vom Land.



Schulministerin Dorothee Feller erklärte: „Der Digitalpakt 2.0 setzt ein starkes Zeichen gemeinsamer Verantwortung von Bund und Ländern für die digitale Bildung. Der erste Digitalpakt hat viel bewegt – zugleich ist klar: Digitale Bildung ist eine Daueraufgabe, insbesondere angesichts neuer technologischer Entwicklungen wie Künstlicher Intelligenz. Mit dem Digitalpakt 2.0 legen wir eine Grundlage dafür, dass digitale Bildung in Nordrhein-Westfalen flächendeckend, verlässlich und zukunftsfähig weiterentwickelt wird – zum Nutzen aller Schülerinnen und Schüler.“

Die Beschlusslage in der Bildungsministerkonferenz sieht Folgendes vor: Der Bund stellt insgesamt 2,5 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ bereit. Die Länder bringen ihrerseits einen gleichwertigen Anteil ein. Damit steht eine verlässliche Grundlage für weitere Investitionen in die digitale Schulentwicklung zur Verfügung. Der Digitalpakt 2.0 läuft über die Jahre 2026 bis 2030.

Ein weiterer Bestandteil des Digitalpakts 2.0 ist zudem die Bund-Länder-Initiative „Digitales Lehren und Lernen“. Mit ihr werden die Lehrkräftebildung sowie eine praxisnahe Forschung gezielt gestärkt. Ziel ist es, technische Ausstattung und pädagogische Konzepte sinnvoll miteinander zu verzahnen und digitale Bildung nachhaltig im Schulalltag zu verankern.

Für Nordrhein-Westfalen ist dabei besonders wichtig, dass der Digital-pakt 2.0 bürokratiearm umgesetzt wird, betont Schulministerin Feller: „Standardisierte Verfahren und geringstmögliche Berichtspflichten geben Schulträgern mehr Flexibilität und Handlungsspielraum. Investitionen können dadurch einfacher, schneller und passgenauer umgesetzt werden.“

Mit der politischen Einigung beginnt nun das formale Unterzeichnungs-verfahren auf Bundes- und Landesebene vorbehaltlich der noch erforderlichen Zustimmungen im Bund und in den Ländern entsprechend den verfassungs- und haushaltsrechtlichen Vorgaben. Parallel dazu erarbeiten die Länder die entsprechenden Förderrichtlinien. Darin wird festgelegt, welche Maßnahmen im Einzelnen förderfähig sind und wie hoch die Budgets der einzelnen Schulträger ausfallen. Ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn ist bereits zum 1. Januar 2025 vereinbart, sodass begonnene oder vorbereitete Digitalisierungsprojekte nahtlos in den Digitalpakt 2.0 überführt werden können,

sofern sie nicht bereits abgeschlossen wurden. Das Land wird die Schulträger dabei über die Bezirksregierungen aktiv begleiten und beraten. Ziel ist ein zügiger Mittelabfluss, damit Investitionen in WLAN, Netzinfrastruktur, digitale Endgeräte, Supportstrukturen und Unterrichtsentwicklung ohne Verzögerungen umgesetzt werden können.

Abschließend betont Schulministerin Feller: „Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Bundesbildungsministerin die Verhandlungen mit hoher Priorität und großem Engagement zügig zu einem erfolgreichen Abschluss geführt hat. Diese Klarheit ist ein wichtiges Signal für Länder, Schulträger und Schulen.“

Wahl von Bundesrichtern am 18. Dezember 2025

Das Ministerium der Justiz teilt mit:

Zwei Richter aus Nordrhein-Westfalen sind am Donnerstag, 18. Dezember 2025, bei den Bundesrichterwahlen in Berlin zu neuen Richtern am Bundesgerichtshof (BGH) gewählt worden:

Dr. Christoph Spielmann

Dr. Christoph Spielmann (46) ist Richter am Oberlandesgericht in Hamm. Er trat im Jahr 2009 in den richterlichen Dienst des Landes ein und war zunächst Richter am Landgericht in Münster. Später war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Bundesgerichtshof und anschließend an das Bundesverfassungsgericht abgeordnet. Im Juni 2018 wurde er zum Richter am Oberlandesgericht in Hamm ernannt, wo er derzeit in einem Zivilsenat tätig ist.

Marc Andreas Plücker

Marc Andreas Plücker (53) ist Richter am Oberlandesgericht in Köln. Er trat im Jahr 2003 in den richterlichen Dienst des Landes ein und war zunächst Richter am Landgericht in Aachen. Später war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Bundesgerichtshof abgeordnet. Im November 2016 wurde er zum Richter am Oberlandesgericht in Köln ernannt, wo er derzeit als Mitglied zweier Zivilsenate tätig ist.

Hintergrund:

Der Bundesrichterwahlausschuss entscheidet in geheimer Abstimmung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Er setzt sich zusammen aus den 16 jeweils zuständigen Landesministerinnen und Landesministern sowie 16 vom Bundestag gewählten Mitgliedern.

Landespatientenbeauftragte ruft Kommunen und Krankenkassen weiterhin zur Einigung im Streit um Kosten für Einsätze des Rettungsdienstes auf

Middendorf: Einsätze des Rettungsdienstes dürfen für Patientinnen und Patienten keine Frage des Geldes sein

Claudia Middendorf, Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen, spricht sich mit Nachdruck für eine Lösung im Sinne der Patientinnen und Patienten im Streit der Krankenkassen und Kommunen um die Übernahme von Kosten für Einsätze des Rettungsdienstes aus.

Kern des Konfliktes zwischen Kommunen und Krankenkassen ist unter anderem die Erstattung sogenannter Fehlfahrten und Fehleinsätze, die seitens der Krankenkassen zukünftig nicht mehr übernommen werden sollen. Dabei handelt es sich um Einsätze, bei denen ein Rettungswagen gerufen wird, ohne dass ein Transport ins Krankenhaus erfolgt. Bisher hatten sich die Krankenkassen und die Kommunen dabei stets auf ein Finanzierungsmodell verständigt, das auch diese Kosten abdeckt. Eine solche Verständigung wurde für die Zukunft bislang nicht erreicht. Infolgedessen gibt es nun Überlegungen bei Kommunen, die nicht durch die Krankenkassen übernommenen Kosten den Patientinnen und Patienten in Form eines Gebührenbescheides mindestens anteilig in Rechnung zu stellen.

Dazu die Landespatientenbeauftragte Claudia Middendorf: „Ich halte es für ein fatales Signal, wenn Menschen in Zukunft überlegen müssen, ob sie einen Rettungswagen rufen, wenn sie sich in Not befinden oder wenn es darum geht einem anderen Menschen zu helfen. Das wäre eine Gefahr für die Gesundheitsversorgung und die Zivilcourage in unserem Land. Der Notruf darf jedoch nur gewählt werden, wenn tatsächlich ein Notfall vorliegt. Eine bewusste Fehlnutzung sollte sanktioniert werden.“

Es ist nachvollziehbar, dass die Krankenkassen weitere Erhöhungen für ihre Beitragszahlerinnen und -zahler möglichst geringhalten möchten und die Kommunen Mehrausgaben in Höhe mehrerer Millionen verhindern müssen. Ich begrüße, dass es zwischenzeitlich Signale der Kommunen gibt, eine finanzielle Belastung der Patientinnen und Patienten zu verhindern. Das ist ein erster wichtiger Schritt, aber die Debatte ist damit

noch nicht beendet. Dieser Streit darf keinesfalls auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten ausgetragen werden. Wenn zukünftig abgewogen werden muss, ob ein Rettungswagen zu rufen ist, kann es dazu kommen, dass der Notruf auch in notwendigen Fällen nicht kontaktiert wird. Die ausbleibende Sofortbehandlung nach Unfällen oder anderen präklinisch relevanten Akutfällen könnten dann für Patientinnen und Patienten schwerwiegende gesundheitsgefährdende Folgen haben. Ebenso können hohe Folgekosten für die Krankenkassen, aber langfristig auch für die öffentliche Hand entstehen.

Wir dürfen den Bürgerinnen und Bürgern nicht aufbürden, jeden medizinischen Einzelfall unterscheiden zu können. Stattdessen sollte vielmehr auf Sensibilisierung und Aufklärung gesetzt und auf die Nutzung des Angebots der Terminservicestelle 116117 hingewiesen werden. Unsere Gesundheitsversorgung darf nicht zu einem Privileg und einer Frage des Geldes werden. Jeder Mensch hat das Recht auf eine gleichberechtigte gesundheitliche Versorgung. Daher appelliere ich an die Verhandlungsparteien, eine Lösung im Sinne der Patientinnen und Patienten zu finden, bis die rechtlichen Lücken auf Bundesebene geschlossen werden.“

Landesweite Zuständigkeit des Landgerichts Dortmund für Umweltstrafsachen

Das Ministerium der Justiz teilt mit:

Nordrhein-Westfalen konzentriert alle erst- und zweitinstanzlichen Umweltstrafsachen, die in die Zuständigkeit der Landgerichte fallen, beim Landgericht Dortmund. Eine entsprechende Rechtsverordnung des Ministeriums der Justiz tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Minister der Justiz Dr. Benjamin Limbach: „Mit der Bündelung der Umweltstraftverfahren an einem Landgericht machen wir deutlich, wie wichtig der Schutz unserer Lebensgrundlagen für unsere Gesellschaft ist. Umweltstraftverfahren sind oft besonders komplex und erfordern spezielles Wissen über Umweltrecht, Technik und naturwissenschaftliche Zusammenhänge. Wer in organisierten Strukturen auf Kosten von Umwelt und Gesundheit Gewinne erzielt, soll auf eine Justiz treffen, die vorbereitet, erfahren und konsequent handelt.“

Mit der neuen Zuständigkeitskonzentration beim Landgericht Dortmund spezialisiert sich die Justiz jetzt auch auf Ebene der Landgerichte im Bereich der Umweltstrafsachen. Bislang sind hier nur auf Ebene der Amtsgerichte spezialisierte Gerichte eingerichtet worden: Zuständig ist jeweils das Amtsgericht am Sitz eines Landgerichts.

Umweltstrafverfahren in der Zuständigkeit der Landgerichte sind zwar zahlenmäßig vergleichsweise selten, gleichzeitig aber oft besonders umfangreich und setzen detaillierte Kenntnisse auf dem Gebiet des Umweltstrafrechts voraus.

Die Konzentration der Verfahren erfolgt beim Landgericht Dortmund und damit in räumlicher Nähe zur Zentralstelle für die Verfolgung der Umweltkriminalität (ZeUK NRW). Nordrhein-Westfalen hat seit November 2023 als einziges Bundesland eine ausschließlich auf Umweltsdelikte spezialisierte Staatsanwaltschaft mit Zuständigkeit für das gesamte Land eingerichtet, die ihren Sitz in Dortmund hat.

Die ZeUK NRW ermittelt bei herausgehobenen Umweltstraftaten, bei denen es – unter anderem – entweder zu einer erheblichen Gefährdung oder Schädigung von Umwelt, Menschen, Pflanzen oder Tieren kommt, oder die organisiert oder in einem industriellen, gewerblichen Zusammenhang begangen werden.

Landesregierung kündigt neue Übungsleitungs-Offensive an

Mit einer neuen Übungsleitungs-Offensive soll der Erwerb von Lizenzen und Qualifizierungen mit Zuschüssen von bis zu 500 Euro je Ausbildung unterstützt werden

Die Staatskanzlei teilt mit:

Im Rahmen der 3. Lesung des Haushaltsgesetz 2026 hat der Landtag Nordrhein-Westfalen am Mittwoch, 17. Dezember 2025, dem Regierungsentwurf für den kommenden Sporthaushalt zugestimmt. Dieser sieht zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt rund 31,6 Millionen Euro für die Sportförderung im Land vor.

Die zusätzlichen Mittel sollen unter anderem eingesetzt werden zur Finanzierung einer neuen Übungsleitungs-Offensive. Mit dieser wird im kommenden Jahr der Erwerb von Lizenzen und Qualifizierungen mit Zuschüssen von bis zu 500 Euro je Ausbildung unterstützt.

Die Mittel sollen über das Förderportal des Landessportbundes an Sportvereine, -verbände und -bünde und weitere Sportanbieter weitergeleitet und dort für die Ausbildung aktueller und zukünftiger Übungsleitender eingesetzt werden. Insgesamt sind hierfür Mittel in Höhe von einer Million Euro vorgesehen.

Die Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt Andrea Milz unterstreicht die Bedeutung der geplanten Maßnahme: „Wir stärken weiter unser Sportland – in der Breite und in der Spitze, immer dort, wo wir mit gezieltem Mitteleinsatz nachhaltige Verbesserungen erzielen können. Mit der Übungsleitungs-Offensive werden wir dazu beitragen, neue Übungsleitende für den Sport zu gewinnen. Gerade die Übungsleiterinnen und Übungsleiter an der Basis, in den Vereinen sind es, die Kinder und Jugendliche an den Sport binden. Sie sind es auch, die heute unsere Talente entdecken und fördern. Und es sind die besonderen Talente, die morgen an den Olympischen und Paralympischen Spielen teilnehmen – vielleicht bald auch in ihrem Heimatland Nordrhein-Westfalen. Darauf arbeiten wir engagiert hin.“

Weitergehende Informationen und Erläuterungen zum Förderverfahren werden nach Veröffentlichung der Förderrichtlinien auf der Webseite des Landessportbundes eingestellt. Diese sowie Weiteres zu den vom LSB administrierten Förderprogrammen des Landes finden Sie im Internet unter der Adresse www.lsb.nrw/service/foerderungen-zuschuesse.

Neue Denkmalförderung Nordrhein-Westfalen wird einfacher, digitaler, transparenter

Ministerin Scharrenbach: Weniger Bürokratie für mehr kulturelles Erbe

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung teilt mit:

Damit das kulturelle Erbe des Landes Nordrhein-Westfalen gestärkt und erhalten bleibt, stellt das Land seine Denkmalförderung neu auf. Die neue Denkmalförderung tritt zum 1. Januar 2026 in Kraft und wird einfacher, transparenter und digitaler. So ist ein Antrag auf Förderung ab Januar ausschließlich online über das Landesportal www.nordrhein-westfalen-foerdert.nrw zu stellen. Das sorgt dafür, dass keine Papierunterlagen mehr benötigt werden und ermöglicht eine medienbruchfreie und schnelle Bearbeitung durch die Behörden. Zudem beinhaltet die neue Denkmalförderung eine automatische Auszahlung der bewilligten Finanzmittel ohne Mittelanforderung.

Mit der neuen Förderung erfolgt auch der Aufruf zum Denkmalpflegeförderprogramm 2026. Mit dem Landesprogramm zur Erhaltung und Pflege unserer Denkmäler wird die Landesregierung Nordrhein-Westfalen – in herausfordernder Lage für die öffentlichen Finanzen des Landes – in 2026 rund 12,7 Millionen Euro für die Bewahrung unseres historisch-kulturellen Erbes zur Verfügung stellen.

„Denkmäler sind keine Kulissen – sie sind lebendige Zeugnisse unserer Geschichte. Wer sie erhält, hält Erinnerung wach und schafft Zukunft. Mit der neuen Denkmalförderung machen wir genau das: Es wird einfacher, verlässlicher und partnerschaftlicher. Wir vereinfachen Verfahren, schaffen Verlässlichkeit und stärken das Engagement vor Ort. So bewahren wir Geschichte – nicht im Archiv, sondern mitten im Leben. Denkmalschutz gelingt nur im Miteinander. Ab 2026 setzt Nordrhein-Westfalen auf ein neues digitales Förderverfahren. Ziel ist es, bürokratische Hürden abzubauen und die Förderung dort ankommen zu lassen, wo sie gebraucht wird: bei den Denkmälern selbst“, sagt Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung.

Klare Fördersätze und schnelle Auszahlung

Die neuen Fördersätze sind klar und transparent. Natürliche Personen und juristische Personen des privaten Rechts können 50 Prozent, Kirchen, Religionsgemeinschaften und Gemeinden 30 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben erhalten. Neu ist auch die automatische Auszahlung der bewilligten Mittel. Sie erfolgt ohne gesonderte Mittelanforderung innerhalb von zwei Wochen nach Bestandskraft des Bescheids. Bei mehrjährigen Projekten erfolgt die Auszahlung mit festen, planbaren Auszahlungsterminen. Das sorgt für Planungssicherheit und reduziert den Verwaltungsaufwand erheblich.

Engagement zählt – Ehrenamt wird gefördert

Bürgerschaftliches Engagement wird mit der neuen Förderung anerkannt: Eigenleistungen und ehrenamtliche Facharbeit können als förderfähige, fiktive Ausgaben berücksichtigt werden – persönlicher Einsatz wird damit zu einem zentralen Baustein für den Erhalt unserer Denkmäler.

Weniger Bürokratie und klare Zuständigkeiten

Ab dem 1. Januar 2026 konzentriert sich die neue „Förderrichtlinie Denkmalpflege Nordrhein-Westfalen“ ausschließlich auf das Antragsverfahren für denkmalpflegerische Einzelprojekte. Bisher umfasste die Richtlinie drei Teile. Alle 396 Gemeinden in

Nordrhein-Westfalen sind Untere Denkmalbehörden. Sie erhalten ab 2026 jeweils eine fachbezogene Pauschale in Höhe von 7.500 Euro zur Förderung von Denkmalpflegemaßnahmen vor Ort. Damit entfallen Antrags- und Bewilligungsverfahren für diese Mittel vollständig – ein weiterer wichtiger Schritt zum Bürokratieabbau.

Auch die Förderung der Bodendenkmalpflege wird mit dem Haushaltsjahr 2026 umgestellt. Durch eine fachbezogene Pauschale kann auch hier das bisherige Antrags- und Bewilligungsverfahren entfallen.

Gefördert werden insbesondere denkmalbedingte Ausgaben, also Kosten, die ausschließlich aufgrund der Denkmaleigenschaft entstehen, darunter:

- Instandsetzung und Restaurierung historischer Bausubstanz
- Sicherungs- und Freilegungsmaßnahmen
- Restaurierung von Fenstern, Fassaden, Dächern und Bauteilen
- wissenschaftliche Untersuchungen und Dokumentationen
- Präsentation und Vermittlung von Denkmälern

Antragsberechtigt sind natürliche Personen (private Denkmaleigentümerinnen oder -eigentümer), juristische Personen des privaten Rechts, Kirchen und Religionsgemeinschaften und Gemeinden.

Nordrhein-Westfalen weiter auf klarem Kurs: Haushalt setzt Schwerpunkte auf Bildung, Sicherheit, starke Kommunen und Zukunftsinvestitionen

Das Ministerium der Finanzen teilt mit:

Nordrhein-Westfalen erhält für das Jahr 2026 einen Haushalt mit deutlichen Schwerpunkten bei Bildung, Innerer Sicherheit, starken Kommunen und einer widerstandsfähigen Wirtschaft. Der Landtag hat den Etat mit einem Gesamtvolumen von rund 112,3 Milliarden Euro am Mittwoch, 17. Dezember 2025, verabschiedet. Trotz anspruchsvoller wirtschaftlicher Rahmenbedingungen hält die Landesregierung an ihrem Kurs fest: investieren, priorisieren und das Land zukunftsfest aufstellen.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Wir alle wollen, dass Nordrhein-Westfalen starke, erfolgreiche und solidarische Heimat bleibt. Deshalb setzen wir mit dem Haushalt 2026 klare politische Schwerpunkte: Bildung steht für uns an erster Stelle. Kinder

und Jugendliche zu fördern hat für uns höchste Priorität. Und auch beim Thema Sicherheit sorgen wir dafür, dass sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen auf einen handlungsfähigen Staat verlassen können.

Mit dem Nordrhein-Westfalen-Plan haben wir das größte Infrastruktur- und Investitionsprogramm der Landesgeschichte auf den Weg gebracht. Damit stärken wir die Kommunen nachhaltig und sorgen für Verlässlichkeit: Wir sichern die bisherigen Investitionsförderungen des Landes und garantieren den Kommunen zugleich die Höhe der Investitionspauschalen. So legen wir das Fundament für eine leistungsfähige und moderne Infrastruktur in unserem Land.“

Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk: „Mit dem Haushalt 2026 stellen wir als Land erneut unter Beweis: Wir investieren dort, wo es darauf ankommt. Wir priorisieren wichtige Zukunftsfelder und handeln verantwortungsvoll gegenüber den kommenden Generationen Auch 2026 steht unser Etat für Stabilität und Planungssicherheit. Bildung, Sicherheit und starke Kommunen sind für uns nicht verhandelbar, sondern feste Säulen für ein erfolgreiches Nordrhein-Westfalen.“

Investitionen in Bildung bleiben größter Einzelposten des Landeshaushalts

Mit über 43,5 Milliarden Euro bleibt Bildung auch im Haushalt 2026 der größte Schwerpunkt. Das Land stärkt damit Kitas, Schulen, Hochschulen und Betreuung. Diese Investitionen sichern Teilhabe und Qualität im gesamten Bildungssystem. Gleichzeitig schaffen sie Verlässlichkeit für Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher.

Allein knapp eine Milliarde Euro sind für den Betrieb des Offenen Ganztags im Primarbereich etatisiert. Hier werden 20.000 zusätzliche Plätze geschaffen und 229 neue Stellen eingerichtet. Insgesamt stehen damit im Jahr 2026 mehr als 500.000 OGS-Plätze zur Verfügung. Die Ausgaben steigen gegenüber dem Vorjahr um knapp 100 Millionen Euro. Investive Mittel sind in Höhe von rund 254 Millionen Euro als Jahrest-ranche 2026 der zur Verfügung stehenden rund 892 Millionen Euro des OGS-Investitionsprogramms vorgesehen.

Für die Förderung der frühkindlichen Bildung sind im KiBiz-Deckungskreis Haushalts-mittel in Höhe von insgesamt rund 6,2 Milliarden Euro veranschlagt. Die Landesinvestitionsmittel in Höhe von 115 Millionen Euro werden verlässlich fortgeführt und um

die Kita-Invest-Mittel des Nordrhein-Westfalen-Plans in Höhe von 210 Millionen Euro ergänzt.

Weitere zentrale Maßnahmen betreffen unter anderem die Stärkung der Hochschulen. Über den Nordrhein-Westfalen-Plan werden langfristige Investitionslinien von jeweils eine Milliarde Euro für Hochschulen und Universitätskliniken über einen Bewilligungszeitraum von zwölf Jahren ermöglicht.

Stärkung Innere Sicherheit

Für Innere Sicherheit stehen über 6,7 Milliarden Euro bereit. Davon entfallen rund 4,5 Milliarden Euro auf die Polizei. Dies gewährleistet die Fortführung der umfangreichen Maßnahmen für Einsatzfähigkeit, bessere technische Ausstattung und eine zeitgemäße digitale Infrastruktur. Die Haushaltsmittel stärken zusätzliche Einstellungen und die operative Leistungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden.

Starke Kommunen: Rekordzuweisungen und langfristige Planungssicherheit

Rund ein Drittel des Haushalts fließt in die kommunale Ebene. Insgesamt 42,3 Milliarden Euro werden 2026 an Städte und Gemeinden ausbezahlt. Im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes stehen 16,8 Milliarden Euro zur Verfügung, rund 1,074 Milliarden Euro mehr als im Vorjahr.

Zusätzlich hat das Land den Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur 2025–2036 mit 31,2 Milliarden Euro aufgelegt. Es ist das größte Investitionsprogramm der Landesgeschichte. Davon sind 21,3 Milliarden Euro direkt für kommunale Projekte vorgesehen und stehen über die gesamte Laufzeit verbindlich zur Verfügung. Finanziert werden unter anderem Kitas und Schulen, Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung, Sport und Klimaschutz.

Minister Dr. Optendrenk: „Mit dem Nordrhein-Westfalen-Plan geben wir unseren Städten und Gemeinden eine Perspektive über ein ganzes Jahrzehnt. Das sind verlässliche Grundlagen für langfristige und nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur unseres Landes und ein echtes Signal für starken Zusammenhalt.“

Zukunftsfeste Wirtschaft

Zusätzlich zum Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur 2025–2036 stehen für zukunftsgerichtete Investitionen im Jahr 2026 12,6 Milliarden Euro bereit. Dies sichert den Ausbau der Infrastruktur und treibt die Modernisierung in Bereichen wie Digitalisierung, klimaneutrale Technologien und wirtschaftliche Transformation voran.

Hierdurch wird die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen gezielt gestärkt.

Finanzpolitischer Rahmen: Schulden nur im notwendigen Umfang

Für 2026 ist eine Nettokreditaufnahme von bis zu 4,3 Milliarden Euro vorgesehen – 200 Millionen Euro weniger als ursprünglich geplant. Davon sind 1,757 Milliarden Euro konjunkturelle und rund 2,5 Milliarden Euro strukturelle Kreditaufnahme. Beides ist erforderlich, um wichtige Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen und Strukturbrüche zu vermeiden.

Der Haushalt 2026 setzt ein klares Zeichen und hält den eingeschlagenen Kurs konsequent bei: Nordrhein-Westfalen investiert in die Zukunft der Menschen, stärkt die Sicherheit vor Ort, unterstützt die Kommunen und gestaltet langfristige Investitionsperspektiven. Die finanzpolitische Ausrichtung verbindet Weitblick mit Verantwortungsbewusstsein für kommende Generationen.

Eckdaten	Haushaltsgesetz 2026	Haushaltsgesetz 2025
	in Mrd. EUR	
Haushaltsvolumen	112,3	105,5
Steuereinnahmen	82,0	78,5
Steuerfinanzierungsquote	73,0 v.H.	74,7 v.H.
Personalausgaben	38,3	37,0
Personalausgabenquote	34,1 v.H.	35,2 v.H.
Investitionsausgaben	12,6	10,9
Investitionsquote	11,2 v.H.	10,4 v.H.

Weihnachtspost an Einsatzkräfte im Ausland: Ministerpräsident Hendrik Wüst würdigt ihren besonderen Einsatz

Heute ist das Versprechen für Freiheit und Sicherheit wichtiger denn je

Die Staatskanzlei teilt mit:



Ministerpräsident Hendrik Wüst hat an die Soldatinnen und Soldaten sowie Polizistinnen und Polizisten aus Nordrhein-Westfalen im Auslandseinsatz Weihnachtspakete verschickt.

Aktuell setzen sich rund 120 nordrhein-westfälische Soldatinnen und Soldaten sowie 41 Beamtinnen und Beamte der Polizei Nordrhein-Westfalen im Ausland für Frieden und Sicherheit ein. Mit seinen Weihnachtsgrüßen bedankte sich Wüst für ihren Einsatz und ihr herausragendes Engagement.

„Unser Land ist stolz auf Sie. Mit Ihrem professionellen und persönlichen Engagement geben Sie den Werten, die unser Land ausmachen und die unsere Gesellschaft tragen, ein Gesicht“, schreibt Ministerpräsident Hendrik Wüst in seinem Weihnachtsgruß. „Heute ist das Versprechen für Freiheit und Sicherheit wichtiger denn je. Allen, die diese Werte in Auslandseinsätzen schützen, gilt unser aufrichtiger Dank und unsere Anerkennung. Sie übernehmen eine große Verantwortung und tragen dazu bei, dass wir in einem Umfeld von Sicherheit und politischer Stabilität leben können. Unser Dank gilt ebenso Ihren Angehörigen, die mit Geduld und großem Verständnis dieses Engagement mittragen“, so Ministerpräsident Wüst weiter.

Insgesamt wurden über 160 Pakete weltweit an die Einsatzorte verschickt. Neben den rund 120 Soldatinnen und Soldaten wurden auch 41 Polizistinnen und Polizisten aus Nordrhein-Westfalen berücksichtigt. Zusätzlich zu der Grußkarte des Ministerpräsidenten enthielten die Pakete eine Printenauswahl der traditionsreichen Handwerksbäckerei Nobis aus Aachen.

Aus Nordrhein-Westfalen entsendet die Bundeswehr derzeit insgesamt rund 120 Soldatinnen und Soldaten nach Bosnien und Herzegowina (EUFOR Althea), in den Kosovo (KFOR), nach Litauen (MN BG LTU, Pz Brig 45), in den Südsudan (UNMISS), in den Irak (Counter Daesh CD CBI Bagdad, Counter Daesh CD CBI Erbil), nach Rumänien (EAPS) sowie in den Libanon (MTF im Rahmen der UNIFIL).

Die nordrhein-westfälische Polizei unterstützt mit der Entsendung von 41 Beamtinnen und Beamten internationale Missionen im Kosovo (European Union Rule of Law Mission/EULEX in Kosovo), in Armenien (European Union Mission in Armenia/EUMA), in Georgien (European Union Monitoring Mission/EUMM in Georgia), im Südsudan (United Nations Mission in the Republic of South Sudan/UNMISS), in



Westafrika (European Union Security and Defence Initiative in support of West African countries of the Gulf of Guinea/EUSDI GoG) und in Somalia (European Union Capacity Building Mission in Somalia/EUCAP Somalia). Außerdem sind Beamtinnen und Beamte unter anderem im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York/USA, in den Hauptquartieren der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex in Warschau sowie an den Außengrenzen der Europäischen Union und in Drittländern, in der United Nations Standing Police Capacity in Brindisi/Italien sowie im Hauptquartier der Europäischen Union in Brüssel/Belgien eingesetzt.

Staatskanzlei finanziert Hilfstransport in die Ukraine mit 250.000 Euro

Minister Liminski: Wir setzen der kalten Aggression des russischen Angriffskrieges tatkräftige Solidarität entgegen

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei teilt mit:

Die Ukraine steht vor einem entbehrungsreichen vierten Kriegswinter. Aufgrund der konzentrierten Angriffe Russlands auf die ukrainische Versorgungsinfrastruktur finanziert das Land Nordrhein-Westfalen einen weiteren Winterhilfstransport des Vereins „Blau-Gelbes Kreuz“ mit 250.000 Euro. Darin enthalten sind neun leistungsstarke Stromgeneratoren und über 200 Wassercontainer. Sie sollen in der nordrhein-westfälischen Partnerregion Dnipropetrowsk zum Einsatz kommen und dort helfen, wo durch russische Angriffe die Versorgung mit Strom und Wasser besonders stark beeinträchtigt ist.

Minister Nathanael Liminski hat die Vorbereitung und Verabschiedung der Lieferung im Spendenlager des „Blau-Gelben Kreuzes“ vor Ort in Köln begleitet und erklärt dazu: „Seit bald vier Jahren verteidigen die Ukrainer nicht nur ihr Land, sondern auch unsere europäischen Werte Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Menschen in der Ukraine brauchen unsere Hilfe und können sich weiterhin unserer Unterstützung sicher sein. Mit konkreter und kontinuierlicher Hilfe setzt das Land Nordrhein-Westfalen der kalten Aggression des russischen Angriffskrieges tatkräftige Solidarität entgegen. Gerade mit Blick auf den beginnenden Winter ist diese Unterstützung von besonderer Bedeutung, um die Not der Menschen zu lindern und die Widerstandsfähigkeit des Landes zu stärken. Wir leisten so unseren Beitrag dazu, dass

die Ukraine durchhält. Wir hoffen, dass die aktuellen Gespräche in Berlin ein Fenster für einen gerechten und dauerhaften Frieden öffnen und dieser Winter der letzte ist, den die Ukraine unter den Bedingungen des Krieges erleben muss.“

Dankbar über die kontinuierliche Unterstützung des Landes zeigt sich Linda Mai, Vorsitzende des Vereins „Blau-Gelbes Kreuz“ und Honorarkonsulin der Ukraine: „Dass die Landesregierung Nordrhein-Westfalen der Partnerregion Dnipropetrowsk akute Winterhilfe leistet, ist großartig und unterstreicht unsere gemeinsamen humanitären Werte. Hier zeigen sich auch die Stärken der Kooperation zwischen Land und „Blau-Gelbem Kreuz“. Wir haben im Auftrag der Landesregierung innerhalb von zwei Wochen die dringend benötigten Stromgeneratoren und Trinkwassercontainer beschafft und wir liefern sie heute aus. Leider ist die Winterhilfe für die Ukraine dringlicher denn je. Während die Welt um Frieden ringt, bombardiert Russland weiter die Zivilbevölkerung und die Versorgungsinfrastruktur in der Ukraine.“

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die gesamte Ukraine im Februar 2022 hat die Landesregierung über zwölf Millionen Euro für Hilfsinitiativen zugunsten der Ukraine bereitgestellt. Der Schwerpunkt der Unterstützung liegt dabei auf der Oblast Dnipropetrowsk. Seit 2023 besteht eine Partnerschaft zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Region im Osten der Ukraine. Als Teil des jetzt verabschiedeten Winterhilfstransportes überlässt das Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen zudem zwei Feuerwehrfahrzeuge, die künftig in der Region zum Einsatz kommen werden.

Bundesweit spitze: Immer mehr Rektorinnen und Präsidentinnen an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen

Gender-Report 2025: Untersuchung zur Chancengleichheit an Hochschulen liegt vor

Das Ministerium für Kultur und Wissenschaft teilt mit:

Die Leitungen der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen sind so weiblich wie nie zuvor. 41,7 Prozent der Hochschulspitzen werden von Rektorinnen und Präsidentinnen gestellt. Bundesweit sind es nur 35,1 Prozent. Zum Vergleich: 2013 lag der Wert in Nordrhein-Westfalen noch bei 18,9 Prozent.

Diese Zahlen gehen aus dem jetzt vorgelegten Gender-Report 2025 zur nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft hervor. Der aktuelle Report, der vom Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW im Auftrag des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft alle drei Jahre erstellt wird, befasst sich schwerpunktmäßig damit, welche Unterschiede es in den verschiedenen Fachbereichen gibt. Grundlage für die Analyse sind hochschulstatistische Daten, Online-Befragungen und Interviews mit Expertinnen und Experten.

Insgesamt steigt der Frauenanteil auch bei Professuren und in den Hochschulleitungen kontinuierlich an: Waren es 2013 noch 21,8 Prozent, lag der Wert 2023 bei 29,6 Prozent. Dekanate werden zu knapp 20 Prozent von Frauen geführt.

Wissenschaftsministerin Ina Brandes: „Die Vielfalt und Exzellenz des Wissenschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen sind einzigartig in Europa. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, das Know-how von hervorragenden Wissenschaftlerinnen noch besser wertzuschätzen und zu nutzen. Inzwischen werden fast ein Drittel aller Lehrstühle von Frauen besetzt. Das ist für mich in erster Linie eine Notwendigkeit um die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu steigern und in zweiter Linie eine Frage der Gerechtigkeit.“

Über alle Fachbereiche hinweg ist der Anteil von Studentinnen höher als der von Professorinnen im selben Fachbereich. Je nach Fach gibt es dabei deutliche Unterschiede. Am stärksten ist die Abstufung in der Medizin. Bei 68,6 Prozent weiblichen Studierenden liegt der Anteil der Professorinnen bei 28,7 Prozent. Deutlich kleiner fällt der Unterschied in den Ingenieurwissenschaften aus (23,8 Prozent Studentinnen, 17,7 Prozent Professorinnen). Für alle Fachbereiche gilt: Der Anteil der Frauen ist sowohl unter den Studierenden als auch unter den Lehrenden seit 2011 deutlich angestiegen (Medizin: 64,3 Prozent Studentinnen, 17,4 Prozent Professorinnen; Ingenieurwissenschaften: 20,1 Prozent Studentinnen, 9,9 Prozent Professorinnen).

Übrigens: Den höchsten Anteil von Professorinnen gibt es in den Geisteswissenschaften mit 46,3 Prozent (Anteil Studentinnen: 67,5 Prozent).

Die Untersuchung kommt außerdem zu dem Befund, dass der Erfolg dezentraler Gleichstellungsarbeit aufgrund der hohen Autonomie der Fachbereiche vom Entgegenkommen der Fachbereichsleitungen abhängig ist. Laut Bericht ist die Gleichstel-

lung dann besonders erfolgreich, wenn sie an der Fakultät als gemeinschaftliche Aufgabe angesehen wird. Dann gelingt es beispielsweise durch die Förderung von Wissenschaftlerinnen auf allen Karrierestufen, langfristig den Frauenanteil unter den Professorinnen zu steigern.

Hintergrund

Der Gender-Report erscheint alle drei Jahre als unabhängige wissenschaftliche Studie des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung NRW. Die Herausgeberinnen legen den Schwerpunkt des aktuellen Reports auf die Gleichstellung in den Fachbereichen. In den drei zuletzt erschienenen Studien wurden die Situation von Frauen in der Hochschulmedizin (2016), der Gender Pay Gap bei Professorinnen und Professoren (2019) sowie die Chancengleichheit im akademischen Mittelbau untersucht.

Bauvolumen für die Bundeswehr steigt in Nordrhein-Westfalen bis 2029 um 200 Prozent

Das Land als Partner des militärischen Bundesbaus zieht das Tempo weiter stark an

Das Ministerium der Finanzen teilt mit:

Der Bau eines neuen Interimsgebäudes für die Truppenküche (Wirtschaftsgebäude) mit Speisesaal auf dem Gelände der Gereon-Kaserne der Bundeswehr in Köln ist auf der Zielgeraden. Der Bau wurde notwendig, weil das alte Wirtschaftsgebäude in die Jahre gekommen war.

Die Alternative dient bis zum Bau eines neuen Wirtschaftsgebäudes als Ersatzinfrastruktur. 16 Monate Bauzeit waren für das Projekt ursprünglich geplant – jetzt entsteht das Gebäude in nur neun Monaten. Der Grund: Es wird in Modulbauweise errichtet. Sie ist eines der Instrumente, mit denen die Modernisierung der Verteidigungsinfrastruktur und auch der Aufbau von Unterbringungskapazitäten im Rahmen des Truppenaufwuchses der Bundeswehr mit größtmöglichem Tempo bewältigt werden sollen. Beim Termin vor Ort hat sich der für militärischen Bundesbau in Nordrhein-Westfalen zuständige Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk das Projekt in Köln angeschaut.

„Modulares Bauen ist für uns als Land ein entscheidender Hebel, um das Tempo weiter anzuziehen“, erklärt Dr. Optendrenk in der Gereon-Kaserne. „Das jährliche



Volumen des Bundeswehr-Baus in Nordrhein-Westfalen steigt sehr viel drastischer, als es ohnehin geplant war: von gut 180 Millionen Euro 2023 auf fast 560 Millionen Euro im Jahr 2029. Das ist ein Wachstum von mehr als 200 Prozent und eine große Herausforderung für unsere Bundesbauverwaltung.“ Etwaige weitere Baubedarfe im Rahmen des Neuen Wehrdienstes sind in diesen Zahlen noch gar nicht abgebildet.

Das zuständige Ministerium der Finanzen hat sich für die Bewältigung dieser Herausforderung aufgestellt: Eine Taskforce bringt seit etwas mehr als einem Jahr alle Entscheidungsträger aus Land und Bund regelmäßig und strukturiert an einen Tisch, um schnelle Entscheidungen und unkomplizierte Lösungen zu finden.

Im Jahr 2026 wird der gesamte Bundesbau in Nordrhein-Westfalen, der bisher verteilt auf den Schultern des Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB NRW) sowie der Bauabteilung in der Oberfinanzdirektion (OFD NRW) lag, mit dem Projekt „Ein Bundesbau NRW“ unter einem Dach gebündelt. Bereits zum Jahresauftakt 2026 wird eine neue Niederlassung Bundesbau im BLB NRW gegründet, die sich aus landesweiten Standorten zusammensetzt und das regionale operative Geschäft bündelt. Im weiteren Jahresverlauf wird die Bauabteilung der OFD NRW in die Zentrale des BLB NRW überführt. Durch diese Strukturreform werden Entscheidungswege kürzer und Prozesse verschlankt.

Auch ein deutlicher personeller Aufwuchs im Bereich Bundesbau ist bereits im Gange: Die durch den Bund refinanzierten Stellen in diesem Bereich steigen bis 2027 gegenüber dem Jahr 2022 um fast 60 Prozent – auf dann mehr als 730 Stellen.

Um zudem Planungs- und Genehmigungsverfahren zu verkürzen, gewinnt das modulare Bauen im Rahmen des Bundeswehr-Baus immer stärker an Bedeutung: Mit „G-CAP Inland“ hat die Bundeswehr ein Projekt aufgelegt, um schnell und regelungsarm in mehreren Bundesländern Infrastruktur aufzubauen. Nordrhein-Westfalen übernimmt in dessen Rahmen die Beschaffung und Vergabe von rund 270 Unterkunftsgebäuden, die in Modulbauweise entstehen sollen – deutschlandweit, zum Teil aber auch in nordrhein-westfälischen Kasernen. „Mit der Unterstützung im Rahmen dieser Großvergabe unterstreicht unser Land seine Rolle als engagierter Partner unseres Verteidigers“, sagt Minister Dr. Optendrenk. Unabhängig von „G-CAP Inland“ setzt das Land bereits verstärkt auf Modulbauweise im Sinne der Beschleunigung. Im



kommenden Jahr startet in zwei nordrhein-westfälischen Kasernen der Bau von Unterkünften in modularer Bauweise: in der General-Feldmarschall-Rommel-Kaserne in Augustdorf und in der Herzog-von-Braunschweig-Kaserne in Minden.

Die Vorteile dieser Bauweise sind in der Kölner Gereon-Kaserne am praktischen Beispiel zu begutachten: Die Elemente können flexibel wie in einem Baukastenprinzip zusammengefügt werden. Sie haben einen hohen Vorfertigungsgrad, der Bau ist dadurch planbarer und witterungsunabhängig. An diesem Bauvorhaben zeigt sich, dass die Bauphase gegenüber der konventionellen Bauweise fast halbiert werden kann – bei gleicher Lebensdauer der Gebäude.

Die Gereon-Kaserne beherbergt das Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr (u.a. das Assessment Center). Auf dem 18 Hektar großen Gelände mit 23 Gebäuden finden die Prüfungen des zukünftigen Führungspersonals statt. Damit ist die Kölner Kaserne ein wichtiger strategischer Standort. „Es ist beeindruckend, vor Ort zu besichtigen, wie viel möglich ist, wenn alle an einem Strang und in dieselbe Richtung ziehen“, betont Dr. Optendrenk. „Der Neubau des Wirtschaftsgebäudes ist ein Erfolgsprojekt und ein praktisches Beispiel, wie aus abstrakten Bauvolumina in Rekordzeit konkrete Infrastruktur für die Bundeswehr und ihre wichtigen Aufgaben wird.“

Der Stabilitätsrat bestätigt: Nordrhein-Westfalen bleibt finanziell solide und hält die Schuldenbremse ein

Das Ministerium der Finanzen teilt mit:

Nordrhein-Westfalen zeigt auch in schwierigen Zeiten wirtschaftliche Stärke und Verlässlichkeit. Der Stabilitätsrat, bestehend aus dem Bundesminister der Finanzen, den Finanzministerinnen und Finanzministern der Länder sowie der Bundeswirtschaftsministerin, attestiert, dass das Land haushaltspolitisch solide aufgestellt ist und die Schuldenbremse einhält. Zugleich investiert das Land gezielt in zentrale Zukunftsfelder. Damit bestätigt das Gremium den Kurs der Landesregierung, finanzielle Stabilität mit politischer Gestaltungskraft zu verbinden.

Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk erklärt: „Die Bewertung durch den Stabilitätsrat bestätigt unseren Kurs. Wir stellen uns schwierigen Rahmenbedingungen,

halten die Schuldenbremse ein und investieren gezielt in das, was Nordrhein-Westfalen stark macht: Bildung, Sicherheit, starke Kommunen und die Transformation unserer Wirtschaft.“

Solide Finanzen trotz Krisen

Den Haushalt des Jahres 2023 hat das Land unter schwierigen Bedingungen – geprägt durch den Krieg in der Ukraine, die Energiekrise, hohe Inflation und steigende Zinsen – mit einem Volumen von 103,2 Milliarden Euro ohne neue Kredite für den Kernhaushalt abgeschlossen. Bereits damals galt: In Krisenzeiten Prioritäten setzen und dennoch Zukunft gestalten. Bildung, Klimaschutz, Innere Sicherheit sowie Digitalisierung und Infrastruktur bildeten die Schwerpunkte.

Auch mit dem Haushalt und Nachtragshaushalt 2024 (Volumen zum Jahresabschluss 104,2 Milliarden Euro) sowie dem Haushalt 2025 (geplantes Volumen: 105,5 Milliarden Euro) hat die Landesregierung diese Linie fortgesetzt: Mit klaren Prioritäten für Kinder, Bildung, Sicherheit und industrielle Transformation, verbunden mit erheblichen Einsparanstrengungen und dem Einstieg in die Altschuldenlösung für Kommunen.

Im September 2025 folgte die Einbringung des Haushalts 2026, im November 2025 wurde der Entwurf von der Landesregierung ergänzt (Volumen: 112,3 Milliarden Euro), der die Schwerpunkte weiter verstärkt: mehr als 43,5 Milliarden Euro für Bildung, über 6,7 Milliarden Euro für Innere Sicherheit, 42,3 Milliarden Euro für die Kommunen sowie mehr als 12 Milliarden Euro für Investitionen und Modernisierung.

Der Stabilitätsrat bestätigt diesen Kurs. Die Kennziffern zur Haushaltslage der Jahre 2023, 2024 und 2025 sowie die Finanzplanungen bis 2029 zeigen eine stabile Entwicklung. Sowohl die Standardprojektion als auch die Schuldenbremsenüberwachung 2024 bis 2026 bestätigen die solide Haushaltslage des Landes. Minister Dr. Optendrenk: „Die Finanzpolitik des Landes erfüllt alle Vorgaben der Schuldenbremse und entspricht den Anforderungen nachhaltiger Haushaltsführung.“

Hintergrund

Der Stabilitätsrat überwacht seit 2009 die Haushaltslage von Bund und Ländern, um drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern. Seit 2020 überwacht der Stabilitätsrat zusätzlich die Einhaltung der Schuldenbremse gemäß

Artikel 109 Absatz 3 des Grundgesetzes. Grundlage für die Überwachung ist der Stabilitätsbericht 2025 des Landes und die Überwachung der Schuldenbremse nach dem harmonisierten Analysesystem.

Der Stabilitätsbericht 2025 bezieht sich auf die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Ist-Daten), den Haushalt 2025 sowie die Finanzplanung bis 2029.

Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen: Chancen für junge Menschen und wirksame Strategien zur Fachkräftesicherung

Partner im Ausbildungskonsens stärken die Ausbildung auch in herausfordernden Zeiten

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales teilt mit:

In ihrem Spitzengespräch am Dienstag, 16. Dezember 2025, haben die Vertreterinnen und Vertreter des Ausbildungskonsenses beraten, wie sie den wachsenden Herausforderungen auf dem nordrhein-westfälischen Ausbildungsmarkt begegnen wollen. In diesem Jahr stand die Frage im Fokus, wie Ausbildungsbetriebe und ausbildungssuchende junge Menschen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten unterstützt werden können.

Die aktuelle wirtschaftliche Situation der Unternehmen wirkt sich auch auf den Ausbildungsmarkt aus. Die Zahl der gemeldeten betrieblichen Berufsausbildungsstellen ist im dritten Jahr in Folge gesunken und in diesem Jahr um mehr als 4.000 auf rund 99.300 Stellen zurückgegangen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für eine berufliche Ausbildung im zweiten Jahr in Folge auf über 108.000 Personen an. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist mit 102.009 in diesem Jahr auf das Niveau des Jahres 2020 zurückgefallen. Entsprechend droht vielen jungen Menschen der Einstieg in eine qualifizierte berufliche Entwicklung verschlossen zu bleiben. Das verdeutlicht auch die Zahl von rund 12.300 jungen Menschen, die in diesem Jahr noch keine berufliche Perspektive erreichen konnten sowie von weiteren 13.000, die zwar eine Alternative gefunden haben, aber weiterhin in Ausbildung vermittelt werden möchten.

Die Partner im Ausbildungskonsens bekräftigen deshalb ihre Anstrengungen, Ausbildungsunternehmen und junge Menschen besser zusammenzubringen und Betriebe

bei ihrem Engagement für Ausbildung zu unterstützen, um Jugendliche auf ihrem Weg in eine Ausbildung zu begleiten. Dabei ist wichtig, wieder mehr Ausbildungsbetriebe zu gewinnen und gleichzeitig die Rahmenbedingungen der Ausbildung für Auszubildende und Auszubildende zu verbessern.

Gezielte und individuelle Unterstützung bei unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Lebensumständen

Die wachsende Heterogenität der jungen Generation stellt alle Beteiligten vor die Aufgabe, flexibel auf die individuellen Herausforderungen der Auszubildenden zu reagieren. Hier können die Partner im Ausbildungskonsens in ihren jeweiligen Bereichen einen Beitrag leisten.

Um Ausbildungsverhältnisse zu stabilisieren und Abbrüche zu vermeiden, haben die Partnerinnen und Partner in einer „Roadmap“ ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das in Zusammenarbeit mit den regionalen Ausbildungskonsensen vor Ort gemeinschaftlich umgesetzt werden soll. Zum Maßnahmenpaket gehört auch die gezielte Zusammenarbeit im Rahmen der „Prozesskette zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen“, mit der in den Fachklassen des dualen Systems Unterstützungsbedarfe frühzeitig identifiziert werden können. Auszubildende und Auszubildende können so bedarfsgerecht und möglichst passgenau mit Angeboten, wie beispielsweise der Assistierten Ausbildung (AsA) und Azubi-Berufssprachkursen, unterstützt werden.

Potenziale des dualen Ausbildungssystems stärken

Mit diesem Maßnahmenpaket wollen die Partner im Ausbildungskonsens den besonderen Herausforderungen und Chancen im Ausbildungsjahr 2026, wie zum Beispiel dem Wegfall eines Abiturjahrganges an den allgemeinbildenden Gymnasien, begegnen und sich darüber hinaus dafür einsetzen, die Rahmenbedingung der Ausbildung für Auszubildende und Auszubildende zu verbessern. Die duale Ausbildung soll für noch mehr junge Menschen einen attraktiven Weg zum Berufsabschluss sowie für noch mehr Betriebe eine erfolgreiche Lösung zur Fachkräftesicherung bieten.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: „Mein Ziel ist, dass jeder junge Mensch in Nordrhein-Westfalen einen guten Start ins Berufsleben hat. Damit das gelingt, muss es aber auch ausreichend auszubildende Betriebe geben. Wir können es uns grundsätzlich und besonders vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels nicht erlauben, Ausbildungsbetriebe zu verlieren. Deshalb entwickelt die

Landesregierung mit den Partnern im Ausbildungskonsens die Berufliche Orientierung und den Übergang von Schule in den Beruf gezielt weiter und unterstützt mit dem Programm ‚Ausbildungswege NRW‘ junge Ausbildungssuchende und Ausbildungsunternehmen auf dem Weg in die Ausbildung.“

Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie und stellvertretende Ministerpräsidentin:

„Die Auszubildenden von heute sind unsere Fachkräfte von morgen. Jede Ausbildung ist für Unternehmen eine Investition in ihre eigene Zukunft – gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten. Als Landesregierung sorgen wir für verlässliche Rahmenbedingungen und arbeiten gemeinsam mit den Partnern des Ausbildungskonsenses an guten Perspektiven für junge Menschen in Nordrhein-Westfalen.“

Ina Brandes, Ministerin für Kultur und Wissenschaft:

„Die Qualifizierung junger Menschen zu gut ausgebildeten Fachkräften ist die zentrale Zukunftsfrage: Sie entscheidet darüber, ob wir Wohlstand, Innovationskraft und soziale Sicherheit in Nordrhein-Westfalen wahren und weiter ausbauen können. Viel zu oft erleben wir, dass Abbrecher und Zweifler nach ihrem ingenieurwissenschaftlichen Studium eine völlig andere Fachrichtung einschlagen und für MINT-Berufe verloren sind. Deshalb unterstützen wir mit unserem Programm ‚Next Career‘ gemeinsam mit Kammern, Verbänden und der Agentur für Arbeit Studienabbrecher, einen erfolgreichen Ausbildungsweg in den wichtigen MINT-Bereichen einzuschlagen.“

Dorothee Feller, Ministerin für Schule und Bildung:

„Der Weg in eine erfolgreiche duale Ausbildung beginnt nicht erst am Ende der regulären Schulzeit. Daher setzen wir alles daran, junge Menschen frühzeitig zu stärken und beruflich zu orientieren, um realistische Berufsbilder zu eröffnen und gemeinsam mit unseren Partnern Übergänge verlässlich zu gestalten. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten braucht es enge Abstimmungsprozesse und gemeinsames Handeln, damit kein Talent verloren geht und jeder junge Mensch in Nordrhein-Westfalen eine echte Perspektive erhält.“

Roland Schüßler, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit:

„Man kann nicht müde werden, darauf hinzuweisen: Das Ansehen der dualen Berufsausbildung ist bei jungen Menschen in den vergangenen Jahren wieder gestiegen.“



Sie sehen die Ausbildung als attraktiven und verlässlichen Weg in den Beruf. Für Unternehmen ist das die Chance, junge engagierte Menschen zu gewinnen. Zweifellos fordert aktuell die konjunkturelle Lage sehr heraus, doch ist es der falsche Weg, an der Ausbildung zu sparen. Schon jetzt haben wir in 45 Berufen in Nordrhein-Westfalen akuten Fachkräftemangel – Tendenz steigend! Damit bei zugleich steigender Vielfalt der Bewerberinnen und Bewerber die Ausbildung klappt, bieten die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter gute Beratung und passende Unterstützungsangebote. Zum Beispiel die Assistierte Ausbildung, mit dem Ziel, Unternehmen und Azubis bei der Ausbildung zur Seite zu stehen. Mit Blick in die Zukunft ist es der richtige Weg, dass wir als Partner am Ausbildungsmarkt unsere vielfältigen Angebote, Strukturen und Aktivitäten noch besser aufeinander abstimmen. Die duale Ausbildung gehört zur DNA unseres Bundeslandes. Wenn wir Jugendliche stärken und begleiten, profitieren nicht nur sie selbst; wir schaffen damit auch die Grundlage dafür, dass Unternehmen die Fachkräfte von morgen gewinnen.“

Thorben Albrecht, Vorsitzender des DGB NRW:

„Die Situation auf dem NRW-Ausbildungsmarkt ist ernst. In einigen Regionen haben wir einen extremen Mangel an Ausbildungsplätzen und deutlich mehr Bewerberinnen und Bewerber als offene Stellen. Rund 25.000 junge Menschen sind in diesem Jahr bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz leer ausgegangen. Das können wir uns als Gesellschaft schlicht nicht leisten. Um die Situation zu verbessern, müssen wieder mehr Betriebe ihrer Verantwortung nachkommen und Ausbildungsplätze anbieten. Nur jeder fünfte Betrieb in Nordrhein-Westfalen bildet aus, das ist zu wenig. Aber auch die Landesregierung kann etwas tun und eine ambitionierte Ausbildungsmarktpolitik betreiben. Dazu müssen die Maßnahmen, wie frühere Berufsorientierung, Assistierte Ausbildung und andere Hilfsangebote, wie die Ausbildungscoaches, miteinander verzahnt werden. Zudem müssen Schulen, Bundesagentur für Arbeit und Betriebe noch enger zusammenarbeiten. Und schließlich brauchen wir einen flächendeckenden Ausbau der Jugendberufsagenturen als zentrale Anlauf- und Beratungsstellen für alle Ausbildungsinteressierten.“

Arndt G. Kirchhoff, Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw):

„Der Ausbildungsmarkt hat in den vergangenen Jahren bemerkenswerte Widerstandskraft bewiesen, doch selbst diese Robustheit hat Grenzen. Drei Jahre ohne Wachstum, spürbare Produktionsrückgänge und eine historisch hohe Zahl an Insolvenzen hinterlassen nun auch in der Ausbildung Spuren. Hinzu kommt, dass viele

unserer Unternehmen unverändert damit kämpfen, geeignete Bewerber zu finden. Häufig fehlt grundlegendes Rüstzeug oder die Bereitschaft, sich über traditionelle Berufsbilder hinaus zu orientieren. Das trifft insbesondere kleinere Betriebe. Dennoch bleibt unsere Botschaft eindeutig: Für die Wirtschaft hat die berufliche Ausbildung höchste Priorität. Die Betriebe investieren viel, um jungen Menschen Chancen zu eröffnen und Fachkräfte für die Zukunft zu sichern. Doch wir sehen ebenso klar, dass die Herausforderungen gewachsen sind. Insbesondere brauchen wir dringend Verbesserungen im Bildungssystem beginnend bereits in der Kita. Nur wenn es uns gelingt, mehr junge Menschen zu erreichen und ihr Potenzial zu heben, können wir langfristig den Bedarf an Fachkräften decken.“

Ralf Stoffels, Präsident der IHK NRW:

„Der Ausbildungsmarkt in Nordrhein-Westfalen steht unter hohem Druck: Betriebe bilden auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten aus, gleichzeitig bleiben Ausbildungsplätze unbesetzt und viele junge Menschen ohne Perspektive. Zugleich steigen die Anforderungen an die Begleitung junger Menschen, die mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen in den Berufsstart gehen und zunehmend mehr Unterstützung benötigen. Umso wichtiger ist es, junge Menschen frühzeitig dabei zu unterstützen, ihre individuellen Talente zu erkennen und weiterzuentwickeln, passgenaue Förderangebote auszubauen und Betriebe bei der Umsetzung der Ausbildung gezielt zu entlasten. Im Ausbildungskonsens stärken wir gemeinsam die duale Ausbildung als Rückgrat der Fachkräftesicherung in Nordrhein-Westfalen.“

Rüdiger Otto, Präsident Unternehmerverband Handwerk NRW:

„Unser Ausbildungssystem muss flexibler werden, damit Unternehmen auch junge Menschen als Auszubildende einstellen können, die nicht von Anfang an das Ausbildungsziel sicher erreichen. Das gilt gleichermaßen für Geflüchtete und für angeworbene Fachkräfte. Ausbildungsbetriebe brauchen verlässliche Strukturen für mehr Sprachförderung und individuelle Unterstützung. Menschen mit Duldung, die hier erfolgreich ausgebildet wurden, müssen mindestens zwei Jahre nach Abschluss ihrer Ausbildung im Betrieb weiter beschäftigt werden dürfen. Dies sollte verbindlich im Aufenthaltsrecht verankert werden. Die bisherige 3+2-Regelung reicht nicht aus.“

Andreas Ehlert, Präsident von HANDWERK.NRW:

„Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten hält das Handwerk an seiner hohen Ausbildungsbereitschaft fest und könnte noch viel mehr jungen Menschen Perspektiven er-

öffnen. Gleichzeitig bleiben die unzureichende Vorbildung zahlreicher Schulabgängerinnen und Schulabgänger sowie Defizite in der Berufsorientierung eine große Herausforderung. Leuchtturmprojekte wie die EuroSkills 2027 in Nordrhein-Westfalen bieten die Chance, die Faszination für Ausbildungsberufe sichtbar zu machen. Deshalb sollten Schulklassen bereits im kommenden Jahr gezielt darauf vorbereitet werden, damit der Funke überspringt.“

Berthold Schröder, Präsident Westdeutscher Handwerkskammertag:

„Bei dem absehbaren Fachkräftemangel können wir es uns nicht erlauben, dass so viele Ausbildungsplätze im Handwerk unbesetzt bleiben. Ausbildungsbetriebe müssen bei der Zielgruppe der Schulabgängerinnen und -abgänger viel stärker sichtbar werden. Besonders wichtig ist mir, dass gewonnene Auszubildende auch das Ausbildungsziel, also den Berufsabschluss, erreichen. Bei zu vielen Auszubildenden stellt die Wirtschaft Sprach- und Grundbildungsdefizite fest. Dies müssen wir gemeinsam im Bildungssystem zukünftig vermeiden.“

Hartmut Krabs-Höhler, Vorsitzender Freie Wohlfahrtspflege NRW:

„Aus Sicht der Freien Wohlfahrtspflege ist entscheidend, dass junge Menschen am Übergang von Schule in Ausbildung nicht verloren gehen, sondern verlässliche, individuelle Unterstützung erhalten. Gerade Jugendliche mit schwierigen Startbedingungen brauchen frühzeitige Begleitung, passgenaue Angebote und stabile Rahmenbedingungen, um eine Ausbildung erfolgreich beginnen und abschließen zu können. Die im Ausbildungskonsens vereinbarten Maßnahmen, insbesondere zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen, sind dafür ein wichtiger Schritt. Gleichzeitig müssen wir die duale Ausbildung auch in den sozialen und gesundheitlichen Berufen weiter stärken, denn sie ist zentral für Teilhabe, soziale Sicherung und die langfristige Fachkräftesicherung in Nordrhein-Westfalen.“

Bernd Zimmer, Vorsitzender FREIE BERUFE NRW:

„Herausfinden, was einem liegt, ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Einstieg in die duale Berufsausbildung. Erkannte persönliche Neigungen und Präferenzen geben die Ausdauer für einen erfolgreichen Abschluss und vermeiden bestmöglich Abbrüche. Die gemeinsamen Anstrengungen des Ausbildungskonsens hinsichtlich eines bestmöglichen ‚Matchings‘ sind daher ein wichtiger Schritt. Hier sind alle am Berufsorientierungsprozess Beteiligte gefordert. Solide Basiskompetenzen stellen darüber hinaus auch das Fundament für persönliche Entwicklungsmöglichkeiten junger Menschen dar. Es ist daher unabdingbar, auf das sich stark gewandelte Umfeld

zu reagieren. Der Schulkompass NRW 2030 ist ein wichtiges Instrument zur Qualitätsentwicklung von Schulen und Unterricht. Geschwindigkeit bei der Umsetzung ist zwingend gefordert. Gleichzeitig müssen auch die Betriebe und Ausbildungssuchenden bereit sein, ihren Teil beizutragen. In den Apotheken, Büros, Kanzleien und Praxen der Freien Berufe besteht weiterhin ein hoher Bedarf an Fachkräften. Wir bieten jungen Menschen exzellente Ausbildungs- sowie anschließende Weiterbildungsmöglichkeiten mit hoher Verantwortung, dabei krisenfest und zukunftssicher. Dass sich junge Menschen und die Ausbildenden nicht scheuen, diese Verantwortung anzunehmen, zeigen die hervorragenden Ausbildungszahlen der vergangenen Jahre.“

Christian Schuchardt (Hauptgeschäftsführer Städtetag NRW), Dr. Martin Klein (Hauptgeschäftsführer Landkreistag NRW) und Christof Sommer (Hauptgeschäftsführer Städte- und Gemeindebund NRW):

„Das duale Ausbildungssystem zu stärken und Jugendliche gezielt zu unterstützen, trägt dazu bei, den lokalen Fachkräftenachwuchs zu sichern. Mit Blick auf den demographischen Wandel wird es auch für die Kommunen immer wichtiger, qualifiziertes Personal zu gewinnen – wir brauchen junge, gut ausgebildete und motivierte Menschen, die sich vor Ort engagieren. Nur so können wir die Leistungsfähigkeit der kommunalen Wirtschaft und Verwaltung dauerhaft erhalten.“

Hintergrund Ausbildungskonsens NRW und regionale Ausbildungskonsense

Der Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen ist das Spitzengremium von Landesregierung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kammern und Freien Berufen, der Bundesagentur für Arbeit und den Wohlfahrts- sowie den Kommunalen Spitzenverbänden, das wichtige Weichenstellungen im Bereich berufliche Orientierung, Ausbildung und Fachkräftesicherung legt. Der Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen trifft sich regelmäßig auf Spitzenebene und mehrmals im Jahr auf Arbeitsebene.

Die regionale Umsetzung erfolgt auf der Ebene der 16 IHK-Bezirke in den regionalen Ausbildungskonsensen in Zusammenarbeit der zuständigen Partnerorganisationen.

Hintergrund Fachkräfteoffensive NRW

Die Fachkräfteoffensive der Landesregierung hat das Ziel, mit neuen, verbesserten und verstetigten Angeboten und Kooperationen dem akuten und drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Die berufliche Bildung und der Übergang von der Schule in den Beruf sind dabei zentrale Handlungsfelder.



Nordrhein-Westfalen stärkt seine Rolle als führender Space-Standort – Zentraler europäischer Knoten für sichere Kommunikation entsteht in Köln

Mona Neubaur: Innovation, die Europa stärkt und Leben retten kann

Das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie teilt mit:

Nordrhein-Westfalen setzt einen wichtigen Meilenstein für Sicherheit, Innovation und Europas technologische Unabhängigkeit: Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen haben eine Verwaltungsvereinbarung zur Errichtung des GOVSATCOM-Hubs (Governmental Satellite Communications Services) in Köln unterzeichnet. Der Standort wird einer von zwei zentralen europäischen Knotenpunkten für sichere Satellitenkommunikation. Nordrhein-Westfalen beteiligt sich mit 50 Millionen Euro am Programm der Europäischen Kommission für staatliche und kommerzielle Satellitenkommunikation.

Sicherheit in Krisen – verlässlich und abhörsicher

Der GOVSATCOM-Hub entsteht am Standort Köln Wahn. Von hier aus soll künftig die Kommunikation von Bundes- und Landesbehörden sowie Einsatzkräfte wie Polizei, Feuerwehr und Katastrophenschutz schnell, zuverlässig und abhörsicher koordiniert werden – auch in Krisen- und Ausnahmesituationen. So können wichtige Dienste auch weiterhin miteinander verbunden sein, wenn andere Kommunikationswege ausfallen. Ergänzt wird das Angebot durch Erdbeobachtungsdienste sowie perspektivisch durch Quantenkommunikation.

Mona Neubaur, Stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin: „Ein starkes, handlungsfähiges Europa braucht unabhängige und sichere Kommunikation – gerade in Krisen. Der GOVSATCOM-Hub in Köln sorgt dafür, dass wichtige Daten zuverlässig geschützt aus dem All übertragen werden. Damit stärken wir unsere gemeinsame Sicherheit, schaffen gute Arbeitsplätze und machen Nordrhein-Westfalen zu einem zentralen Standort der deutschen und europäischen Raumfahrt. Und nicht zuletzt: wenn Einsatzkräfte auch im Ernstfall sicher miteinander kommunizieren können, profitieren wir alle ganz unmittelbar – denn verlässliche Verbindungen können Leben retten.“



Starker Impuls für Wirtschaft, Forschung und Beschäftigung

Mit dem neuen Hub baut Nordrhein-Westfalen seine Rolle als führender Space- und Hightech-Standort weiter aus. Köln ist bereits jetzt ein international anerkanntes Zentrum für Luft- und Raumfahrt – mit Einrichtungen von DLR und ESA, dem Europäischen Astronautenzentrum sowie der Luna-Mondsimulationshalle. Der GOVSATCOM-Hub erhöht die Attraktivität des Standorts für Forschung, Start-ups, Industrie und qualifizierte Fachkräfte aus den Bereichen Kommunikation, IT, Satellitentechnik und Cybersecurity. Die neuen Projekte sollen zudem jungen Unternehmen und Forschungsteams zusätzliche Chancen eröffnen.

Nordrhein-Westfalen stärkt Europas technologische Souveränität

Der GOVSATCOM-Hub ist ein zentraler Baustein der europäischen Sicherheitsarchitektur. Mit eigener europäischer Satelliteninfrastruktur wird Europa unabhängiger von außereuropäischen Anbietern. Nordrhein-Westfalen übernimmt Verantwortung – für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger und für ein starkes, souveränes Europa. Das stärkt nicht nur den Kontinent, sondern auch den Alltag der Menschen vor Ort, weil Behörden und Einsatzkräfte moderner und sicherer arbeiten können.

Engagementpreis NRW 2025: Fünf herausragende Projekte ausgezeichnet

Ministerpräsident Wüst: Mit dem Engagementpreis würdigen wir die vielen ehrenamtlichen Initiativen, die Nordrhein-Westfalen zu dem machen, was es ist: Ein Land mit Sinn für Gemeinschaft und Mitmenschlichkeit

Die Staatskanzlei teilt mit:

Ministerpräsident Hendrik Wüst hat im Rahmen der Verleihung des Engagementpreises NRW 2025 am Montag, 15. Dezember 2025, in Düsseldorf das Projekt „Vorstandspraktikum / Leitfaden ‚Das Vorstandspraktikum‘“ aus Viersen mit einem der beiden Jurypreise ausgezeichnet. In Kooperation mit der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege würdigt die Landesregierung mit dem Engagementpreis jedes Jahr freiwilliges Engagement. Insgesamt wurden bei der Preisverleihung erstmalig fünf Projekte ausgezeichnet, da die Jury in diesem Jahr zwei Preise vergab. Der zweite Jurypreis ging an das Projekt „Talente von heute – Führungskräfte von morgen!“ aus Duisburg.

Ministerpräsident Hendrik Wüst: „Ehrenamtliches Engagement ist eine unverzichtbare Stütze unserer Gesellschaft. Sie lebt von Menschen, die sich einbringen, Verantwortung übernehmen und Gemeinsinn leben. Mit dem Engagementpreis würdigt die Landesregierung die vielen ehrenamtlichen Initiativen in unserem Land, die Nordrhein-Westfalen zu dem machen, was es ist: Ein Land mit Sinn für Gemeinschaft und Mitmenschlichkeit. Er ist eine tolle Gelegenheit, inspirierende Projekte in den Mittelpunkt zu rücken und ihre Geschichten zu erzählen.“

Der Engagementpreis NRW stand in diesem Jahr unter dem Motto „Nachwuchs sichern und Zukunft gestalten – Talente fördern und Potenziale entfalten“. Die Preise sind mit jeweils 5.000 Euro dotiert.

Die Preisträger im Überblick:

„Vorstandspraktikum / Leitfaden ‚Das Vorstandspraktikum‘“, St. Josefs und St. Gereon Schützenbruderschaft Viersen, Viersen (Kategorie: 1. Jurypreis)

Das Projekt „Vorstandspraktikum / Leitfaden ‚Das Vorstandspraktikum‘“ überzeugte die Jury mit der naheliegenden Idee, dass durch ein Praktikum die Nachwuchssuche für die Vorstandsarbeit erleichtert wird. Wie viele andere Vereine suchte die Schützenbruderschaft dringend Nachwuchs für den Vorstand. Doch gerade junge Mitglieder zögerten, ein Amt zu übernehmen. Zu unklar war für sie, welche Aufgaben damit verbunden sind. Also machten zwei Mitglieder, damals 16 und 17 Jahre jung, den Vorschlag, ein Vorstandspraktikum zu testen. Das Experiment war ein voller Erfolg. Die Praktikantinnen bekamen Einblick in die Vorstandsarbeit, konnten Fragen stellen und erste Aufgaben übernehmen. Nach wenigen Monaten entschieden sich beide, offizielle Posten zu übernehmen. Seitdem ist das Praktikum fester Bestandteil der Jugendarbeit der Bruderschaft.

<https://www.engagiert-in-nrw.de/ehrenamt-mit-zukunft-vorstandspraktikum>

„Talente von heute - Führungskräfte von morgen!“, Sportjugend im Landessportbund NRW e.V., Duisburg (Kategorie: 2. Jurypreis)

Der zweite Jurypreis wurde durch die Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt, Andrea Milz, an das Projekt „Talente von heute - Führungskräfte von morgen!“ der Sportjugend im Landessportbund NRW e.V. aus Duisburg verliehen. Über ein Jahr hinweg durchlaufen die Talente von heute eine umfassende Qualifikation, die ihnen zeigt, wie moderne Vereinsführung funktioniert – inhaltlich, methodisch und persönlich. Das Fundament bildet eine anerkannte Ausbildung zum Vereinsmanager C – ein

bundesweit standardisiertes Programm, das tief in alle Bereiche der Vereinsarbeit eintaucht. Von Finanzen über Öffentlichkeitsarbeit bis zu rechtlichen Fragen. Ergänzt wird das Curriculum durch zusätzliche Module wie Rhetorik, Auftreten, Netzwerkarbeit und Erlebnispädagogik. Seit dem Projektstart 2011 haben mehr als 100 junge Erwachsene teilgenommen. Über die Hälfte ist heute in ehrenamtlichen oder hauptberuflichen Führungspositionen im Sport aktiv – als Jugendleiter, Vorstände oder Geschäftsführer.

<https://www.engagiert-in-nrw.de/karriere-mit-kick-sportjugend-nrw>

„AckerBildung wirkt weiter“, AckerBildung e.V., Blomberg (Kategorie: Sonderpreis der NRW-Stiftung)

Den Sonderpreis der Nordrhein-Westfalen-Stiftung wurde von Eckhard Uhlenberg, Präsident der NRW-Stiftung, an das Projekt „AckerBildung wirkt weiter“ des AckerBildung e.V. aus Blomberg verliehen. Seit 2020 verfolgt der Verein das Ziel, Menschen wieder in Verbindung mit Natur und Ernährung zu bringen. An drei Hauptstandorten – dem großen Acker der SoLaWi (Solidarische Landwirtschaft) in Dalborn, einem Acker am Jugendzentrum in einem strukturschwachen Detmolder Stadtteil und einem Schulgarten – finden wöchentliche Gruppen, Projekttag und Workshops statt. Über 40 Gemüsekulturen mit rund 120 verschiedenen Sorten wachsen auf dem SoLaWi-Acker. Hier können Kinder selbst säen, jäten, ernten und kochen. Auch im Winter gibt es frisches Grün – dank Grünkohl, Postelein und einem Folientunnel. Der Verein zeigt so: Nachhaltige Ernährung kennt keine Jahreszeit.

<https://www.engagiert-in-nrw.de/ackerbildung-ev-bringt-zukunft-auf-den-acker>

„Integration durch Bildung - inteGREATER NRW“, inteGREATER e.V., Köln (Kategorie: Sonderpreis des Ministeriums für Schule und Bildung)

Den Sonderpreis des Ministeriums für Schule und Bildung wurde von Dorothee Feller, Ministerin für Schule und Bildung, an das Projekt „Integration durch Bildung - inteGREATER NRW“ des inteGREATER e.V. aus Köln verliehen. Hinter inteGREATER e.V. steht eine bundesweit aktive Initiative, die 2010 von jungen Menschen mit Migrationsbiografie gegründet wurde. Was als kleine Gruppe begann, die Schulen besuchte, ist heute ein Netzwerk aus rund 150 Ehrenamtlichen an acht Standorten in Nordrhein-Westfalen: Aachen, Bochum, Bonn, Bielefeld, Duisburg, Düsseldorf, Essen und Köln. Das Ziel des Vereins ist es, die Bildungs- und Aufstiegschancen junger Menschen zu stärken – unabhängig davon, wo sie herkommen, wie viel Geld ihre Eltern haben oder ob sie zu Hause Unterstützung bekommen.

25 Millionen Euro für Investitionen in lebendige Dörfer: Antragsverfahren für die Struktur- und Dorfentwicklung 2026 startet ab Januar 2026

Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz teilt mit:

Die ländlichen Räume, abseits der Metropolen, sind die flächenmäßig bedeutendsten Regionen in Nordrhein-Westfalen. Sie nehmen über zwei Drittel der Landesfläche ein und sind Wohn- und Lebensmittelpunkt für mehr als die Hälfte aller Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens. Das neue Antragsverfahren für die Struktur- und Dorfentwicklung 2026 beginnt am 1. Januar 2026. Alle interessierten Dörfer, Gemeinden, Vereine und weiteren Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen sind ab dann aufgerufen, Förderanträge für das Jahr 2026 einzureichen.

Ministerin Silke Gorißen: „Der ländliche Raum in Nordrhein-Westfalen ist mit seinen vielfältigen Dörfern für viele Menschen Wohn- und Lebensmittelpunkt. Deshalb investiert die Landesregierung kontinuierlich in ihre Zukunftsfähigkeit, damit sie lebenswert und attraktiv bleiben. Seit Regierungsantritt sind schon rund 64 Millionen Euro in die Entwicklung unserer Dörfer geflossen. Auch im Jahr 2026 werden wir neue Projekte zum Wohl der Menschen, unserer Dörfer, Orte und Ortsteile unterstützen.“

25 Millionen Euro für Investitionen in lebendige Dörfer

Mit dem Programm der Struktur- und Dorfentwicklung 2026 setzt sich die Landesregierung für die Stärkung der ländlichen Räume und für lebendige Dörfer und Gemeinden ein. Für das Jahr 2026 stellt das Landwirtschaftsministerium vorbehaltlich der Verabschiedung des Haushalts durch den Landtag 25 Millionen Euro an Bundes- und Landesmitteln für Förderprojekte zur Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und verkehrlichen Infrastrukturen in den Dörfern bereit. Seit Regierungsantritt im Jahr 2022 hat das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz 64 Millionen Euro Landes- und Bundesmittel bereitgestellt. Dadurch konnten Gesamtinvestitionen in Höhe von 134 Millionen Euro gestemmt und rund 600 Projekte gefördert werden.

Wie auch in den letzten Jahren werden im Jahr 2026 unter anderem Dorfgemeinschaftshäuser als wichtige soziale und kulturelle Treffpunkte, Dorfplätze, Bouleplätze, Skater-Anlagen, Bolzplätze als Begegnungs-orte ebenso wie zum Beispiel barrierefreie Umbauarbeiten von Mehrfunktionshäusern, Dorfläden oder Kultur-, Nah-

erholungs- und Tourismuseinrichtungen gefördert. Unterstützt wird zudem eine Umnutzung land- oder forstwirtschaftlicher Gebäude zur Stärkung des dörflichen Lebens oder die Entwicklung von IT-Lösungen, um die Infrastruktur im ländlichen Raum zu verbessern. Projekte können mit einer Zuwendungshöhe von bis zu 250.000 Euro gefördert werden.

Bezirksregierungen nehmen Bewerbungen entgegen

Ab dem 1. Januar 2026 wird über die Bezirksregierungen das digitale Antragsverfahren für die Struktur- und Dorfentwicklung gestartet. Interessierte Gemeinden, Vereine und Einrichtungen können für das Jahr 2026 bis zum 15. März 2026 Anträge über die Internetseiten der Bezirksregierungen einreichen.

Es wird empfohlen, dass sich die Antragstellenden zwecks Klärung ihrer Fördermöglichkeiten vor Einreichung eines Förderantrages mit ihrer zuständigen Bezirksregierung (Dezernat 33) in Verbindung setzen.

Ruhe an den Festtagen: Weihnachtsfrieden in Nordrhein-Westfalen

Minister Dr. Marcus Optendrenk: Wir tragen dazu bei, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen die Feiertage ungestört verbringen können

Das Ministerium der Finanzen teilt mit:

Zum Jahresausklang setzt die Finanzverwaltung Nordrhein-Westfalen auf Augenmaß und Rücksicht. Vom 17. bis zum 31. Dezember 2025 gilt der Weihnachtsfrieden in der Finanzverwaltung Nordrhein-Westfalen. Während dieser Zeit stellen die Finanzämter des Landes bestimmte Maßnahmen, wie Vollstreckungen oder die Einleitung von Betriebsprüfungen, zurück, damit die Feiertage im Vordergrund stehen können.

„Die Weihnachtstage sind für viele Menschen eine Zeit des Innehaltens und der Begegnung mit Familie und Freunden. Diese Momente haben gerade in einer Zeit, die von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen geprägt ist, einen besonderen Wert“, erklärt Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk. „Mit dem Weihnachtsfrieden trägt die Finanzverwaltung dazu bei, dass die Menschen die Feiertage ungestört verbringen können.“



In der Zeit des Weihnachtsfriedens werden grundsätzlich keine neuen Vollstreckungsmaßnahmen eingeleitet und keine Prüfberichte versendet. Nur wenn ein rasches Eingreifen der Finanzverwaltung unerlässlich ist, etwa um wegen drohender Verjährung Steuerausfälle zu vermeiden, müssen die Ämter handeln.

Steuerbescheide werden weiterhin versandt, damit insbesondere Steuererstattungen zügig ausgezahlt werden können und finanzielle Entlastungen rechtzeitig ankommen. Auch Mahnungen werden in dieser Zeit nicht zurückgehalten.

„Unser Weihnachtsfrieden steht für Respekt und Menschlichkeit“, so Minister Dr. Op-
tendrenk. „Als moderne und bürgerfreundliche Verwaltung haben wir die Menschen
in Nordrhein-Westfalen im Fokus – das ganze Jahr über und im Besonderen jetzt in
der Weihnachtszeit.“